

Nr. 18/268 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Wahlausschüsse für die Wahl der Schöffinnen/Schöffen und Jugendschöffinnen/
Jugendschöffen für die Geschäftsjahre 2014 bis 2018
Mitteilung des Senats vom 15. Januar 2013
(Drucksache 18/275 S)
2. Kulturelle Bedeutung der bremischen Städtepartnerschaften
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 22. Januar 2013
(Drucksache 18/280 S)

Nr. 18/269 S

Fragestunde

1. Abstimmung mit den Marktbeschickern bei den Bauarbeiten am Domshof
Anfrage der Abgeordneten Wilhelm Hinners, Silvia Neumeyer, Thomas Röwe-
kamp und Fraktion der CDU vom 16. Januar 2013
2. „e-Lounge“ als Informationsportal der Stadtbibliothek Bremen für Schülerin-
nen und Schüler
Anfrage der Abgeordneten Linda Neddermann, Carsten Werner, Dr. Stephan
Schlenker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom
22. Januar 2013
3. Bezirkssportanlage Oeversberg
Anfrage der Abgeordneten Mustafa Öztürk, Dr. Matthias Güldner und Frak-
tion Bündnis 90/Die Grünen vom 24. Januar 2013
4. Städtebauliche Aufwertung der Münchener Straße in Bremen-Findorff
Anfrage der Abgeordneten Dieter Reinken, Jürgen Pohlmann, Björn Tschöpe
und Fraktion der SPD vom 28. Januar 2013
5. Ausweitung Sommerfällverbot
Anfrage der Abgeordneten Frank Imhoff, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp
und Fraktion der CDU vom 28. Januar 2013
6. Handbücher für Ortsteilbeiräte
Anfrage der Abgeordneten Cindi Tuncel, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE
vom 29. Januar 2013
7. Standards für das artgerechte Halten von Tieren an Schulen
Anfrage der Abgeordneten Linda Neddermann, Dr. Matthias Güldner und Frak-
tion Bündnis 90/Die Grünen vom 29. Januar 2013
8. Bringt der neue Rundfunkbeitrag Mehrkosten für die Stadtgemeinde und kom-
munalen Eigenbetriebe?
Anfrage der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 30.
Januar 2013

9. Unsachgemäßes Ausbringen von Streusalz ahnden
Anfrage der Abgeordneten Dr. Maike Schaefer, Björn Fecker, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2013
10. Touristische Privatübernachtungen
Anfrage der Abgeordneten Carsten Werner, Ralph Saxe, Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30. Januar 2013
11. Bearbeitungsstau bei Ein-Euro-Jobs
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Jörg Kastendiek, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 4. Februar 2013
12. Straftaten durch schulfremde Personen an Schulen
Anfrage der Abgeordneten Ruken Aytas, Mustafa Güngör, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 7. Februar 2013
13. Weiterer Ausbau der Ganztagschulen in Bremen
Anfrage der Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch, Silvia Neumeyer, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 12. Februar 2013

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 18/270 S

Aktuelle Stunde

Die Stadtbürgerschaft führt auf Antrag der Abgeordneten Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE eine Aktuelle Stunde über folgendes Thema durch:

„Jugendarbeit nicht gefährden – Forderungen von Trägern und Jugendlichen nach ‚30 Prozent mehr Zukunft‘ umsetzen“.

Nr. 18/271 S

Schaffung von getrennten Umkleidemöglichkeiten für Frauen in den Wehren der freiwilligen Feuerwehren

Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. Januar 2013
(Drucksache 18/283 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/272 S

Evaluation des Beirätegesetzes

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 5. Februar 2013
(Drucksache 18/285 S)

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE vom 18. Februar 2013

(Drucksache 18/295 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag wie folgt zu:

1. Die Stadtbürgerschaft begrüßt die vom Senat geplante Evaluation des Beirätegesetzes.

2. Der Senat wird aufgefordert, bei der geplanten Evaluation des Beirätegesetzes insbesondere folgende Fragestellungen zu berücksichtigen:
 - a) Ob sich die neuen Instrumente Planungskonferenzen, Regionalausschüsse und Beirätekonferenz in dem beabsichtigten Sinn bewährt haben?
 - b) Ob und wie die Beiräte und die Ortsämter durch die Novellierung des Gesetzes tatsächlich in die Lage versetzt wurden, ihre neue Aufgabe, Bürgerbeteiligung im Beiratsbereich zu gewährleisten und anzuregen, zu erfüllen?
 - c) Wie sich die Regelungen zur Erweiterung der Beteiligungs- und Entscheidungsrechte und zum Rederecht in der Stadtbürgerschaft bewährt haben?
 - d) Wie sich die Zusammenarbeit mit den Ressorts und den Dienststellen entwickelt hat, und inwieweit die Beiräte frühzeitig durch die Ressorts und Dienststellen in die Vorbereitung von Entscheidungen einbezogen werden?
 - e) Ob wesentliche Korrekturen im Gesetz vorgenommen werden müssen, ob Anwendungsprobleme in der tatsächlichen Praxis bestehen, und wie diese gegebenenfalls behoben werden können?
 - f) Ob, und gegebenenfalls wo, es Möglichkeiten für eine weitere Stärkung der Rechte der Beiräte gibt?
3. Der Senat wird ferner aufgefordert, dem Ausschuss für Bürgerbeteiligung, bürgerschaftliches Engagement und Beiräte regelmäßig über den Sachstand der Evaluation zu berichten und das Evaluationsergebnis innerhalb von zwölf Monaten vorzulegen.

Nr. 18/273 S

Grundwasserverschmutzung am Tanklager Farge

Antrag der Fraktion der CDU
vom 6. Februar 2013
(Drucksache 18/289 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/274 S

Bestandsschutz und Beratung bei Mieterhöhung

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 12. Februar 2013
(Drucksache 18/291 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist den Antrag zur Beratung und Berichterstattung an die städtische Deputation für Soziales, Kinder und Jugend.

Nr. 18/275 S

Arbeitsfähigkeit von Kinderschutzeinrichtungen in Bremen sicherstellen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 12. Februar 2013
(Drucksache 18/292 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 18/276 S

Bericht des städtischen Petitionsausschusses Nr. 16 vom 13. Februar 2013

(Drucksache 18/293 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 18/277 S

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Konzept zum Umgang mit bewohnten „Kaisenhäusern“ überdenken, alternative Wohnformen ermöglichen, Kleingartengebiete sichern und weiterentwickeln
Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 19. Februar 2013
(Drucksache 18/296 S)
2. Wahl eines Mitglieds der städtischen Deputation für Gesundheit